

Der sozialdemokratische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 9/10 - 1993

15 Schilling

„... eine Flamme brennend halten“

Zum Gedenken an Bruno Pittermann, dessen Todestag sich am 19. September zum zehnten Mal jährte, trafen sich führende und aktive Genossen der Sozialdemokratie im Wiener Zentralfriedhof. Es gab würdige, freundliche Worte der Erinnerung. Aber die Erinnerung hat ihre Eigenheiten. Erich Kästner hat sie in einem Gedicht als mysteriöse Macht bezeichnet, die den Menschen umbilde - so oder so: positiv oder negativ. Und wenn Teile der Erinnerung der Vergessenheit anheimfallen, kann manches Malheur passieren. Zu Pittermann müßte einem unbedingt ein Bonmot einfallen, das er am Parteitag 1974, sicherlich nicht nur der Pointe wegen, an seine sozialistischen Genossen adressiert hat: „Man soll in unserer Partei die Entfernung von Erkenntnissen von Karl Marx in der Tagespolitik nicht so weit treiben, daß zum Schluß vom Karl Marx nur mehr der ‚Herr Karl‘ übrigbleibt.“

Solche Erinnerung scheint mehr als zeitgemäß angesichts der vom steirischen Renner-Institut durchgeführten Rundfrage, derzufolge eineinhalbtausend Ignoranten zu erkennen gaben, daß „reine Ideologieschulung nicht mehr gefragt sei“. Man hätte eher „Interesse an persönlichen Fertigkeiten“, etwa an Rhetorik. Und solche Oberflächlichkeit wird offenbar ebenso ernst genommen wie die vom gleichen Personenkreis deklarierte Unlust, allzuviel Freizeit für solche vermeintliche politische Bildung zu opfern. Keine Zeit opfern und politische Fundierung durch ein **läufiges** Mundwerk ersetzen wollen, das ist schon eine recht merkwürdige Auffassung von sozialdemokratischer Funktionäretätigkeit. Oder sollten da eher die Aspirantinnen auf einen einträglichen Job über den kurzen Parteiumweg maßgebend sein?

Politischen Ignoranten den erinnernden Rückblick vorzuschlagen, scheint müßig. Aber stünde er nicht manchmal der gesamten Sozialdemokratie ganz gut an? Das Jahr 1993 strotzt von Jubiläendaten. Die Bildungsorganisation der Partei und die Freiheitskämpfer haben im Frühjahr der Liquidierung des österreichischen Parlamentarismus durch den Austrofaschismus im März 1933 gedacht. Dieser politische Gewaltstreik war parallel zur Vernichtung der Demokratie in Deutschland durch den emigrierten Sozialschmarotzer Hitler erfolgt. Im Oktober 1933 fand in der bedrückenden Atmosphäre der Halblegalität der letzte Parteitag der Sozialdemokratie in der Ersten Republik statt.

Was darauf folgte, sollte eigentlich auch sehr Demokratieverdrossene den Wert eines parlamentarischen Systems erkennen lassen. Erinnerung täte also sichtlich not.

Der Tod Victor Adlers, des großen Einigers der österreichischen Sozialdemokratie, jährt sich heuer zum fünfundsiebzigsten Mal gleich dem Geburtstag der Ersten Republik, an deren Vorabend Adler gestorben ist. Aus der Erinnerung sollte die Frage kommen, warum der historische 12. November nicht mehr Staatsfeiertag ist. Aus der Erinnerung müßte auch Adlers Maxime auftauchen: „Jede Reform ist so viel wert, wie Revolution in ihr steckt.“ Das Herz der alten Sozialdemokratie schlug links, dort wo rosenfarbige „Aufsteiger“ heutzutage das Stecktuch tragen.

1993 jährt sich zum hundertsten Mal der Gründungstag der österreichischen Gewerkschaftskommission, des Vorläufers des Bundes Freier Gewerkschaften, des Ahnherrn des heutigen ÖGB. Sollte man in einer Zeit, in der man darauf stolz ist, daß so wenig gestreikt wird, sich nicht daran erinnern, daß der seit damals mühsam erkämpfte soziale Fortschritt in erbitterten Streikkämpfen ertrotzt werden mußte? Können sich heute Gewerkschaftsmitglieder - von den Unorganisierten gar nicht zu reden - vorstellen, daß die Erste Republik aus großen Streikbewegungen im Jahre 1918 hervorgegangen ist? Sie jährten sich ebenfalls nach einem Dreivierteljahrhundert, ohne daß jemand ihrer gedacht hat.

Manche Jubiläen sind der Arbeiterbe-

wegung abhanden und aus dem Sinn gekommen, wie etwa die Erinnerung an die Revolution von 1848, in der sich kurzzeitig eine politische Arbeiterbewegung unter dem Motto der französischen Revolution „Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit“ formiert hatte, im Jahr, in dem Marx und Engels ihr „Kommunistisches Manifest“ in die historische Szene geworfen haben. In den darauffolgenden hundertfünfundsiebenzig Jahren sollte sich die Welt bis heute nachhaltiger ändern, als zuvor auch nur geträumt werden konnte. Es lohnte sich, Geschichte lernend, die Erinnerung zu beleben, die zur Überlegung führen müßte, daß vieles vom heute untätig Genossenen nicht von selber in diese Welt gekommen ist.

Die fernsehgeschädigte Schar der Zeitgenossen ist manchmal nicht einmal imstande, gleißende Lichter im Dunkel jüngster Vergangenheit wahrzunehmen. Und diejenigen, die als Leuchtturmwärter fungieren sollten, versagen prompt in der Bereitstellung tauglicher politischer Sehbehelfe: Die großartige Ausstellung „Das Rote Wien“ im städtischen Museum der Bundeshauptstadt ist unbegreiflicherweise in den Hochsommer verlegt und überwiegend offenbar von Auslandstouristen frequentiert worden. Was Wunder, wenn die lauteste Medienresonanz nicht aus dem Inland kam. Es war die „Süddeutsche Zeitung“, die einen seitenfüllenden Vierspalter mit der hymnischen Überschrift „Musterstadt der Menschheit“ versehen hat: „Eine Ausstellung erinnert an das ‚Rote Wien‘ 1918-1934.“ Es wäre lohnend, dafür zu sorgen, daß dieses großartige humane Experiment der österreichischen Sozialdemokratie im politischen Bewußtsein der Nachfahren jenes Bedeutungsgegewicht erhalte, das ihm zukommt. Erinnerung müßte neue moralische und politische Qualität gewinnen helfen.

Mitte Juni 1993 ist in Brünn eine Gedenktafel für jene Politiker enthüllt worden, die der Faschismus in die Emigration getrieben hat und die dort zwischen 1933 und 1939 im Exil gelebt haben, unter ihnen Otto Bauer, Julius Deutsch, Luitpold Stern, Paula Wallisch und an-

Fortsetzung auf Seite 2

NS-Wiederbetätigung: 10 Jahre für Küssel

Wegen NS-Wiederbetätigung wurde der 35jährige Neonaziführer **Gottfried Küssel** am 29. September 1993 von einem Wiener Schwurgericht zu einer Haftstrafe von zehn Jahren verurteilt. Damit hat das Gericht die im Verbotsgesetz vorgesehene Mindeststrafe verhängt.

Die acht weiblichen Geschworenen haben Küssel einstimmig schuldig gesprochen, durch die Gründung der „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition“ (VAPO) 1986 das Ziel angestrebt zu haben, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Republik Österreich zu untergraben. Ebenso einstimmig wurde Küssel für schuldig befunden, sich in der VAPO führend betätigt zu haben, in-

dem er Gaubeauftragte einsetzte oder Mitglieder anwarb. Überdies habe er, so eine weitere einstimmige Fragenbeantwortung der Geschworenen, diverse Aktivitäten der VAPO – Schulungen oder „Führerthing“ – organisiert und für die Verbreitung von Propagandamaterial gesorgt. Auch mit seinen Äußerungen während einer Wehrsportübung in Langenlois für den deutschen Privatsender „Tele 5“ – in denen er als sein Ziel die Zulassung der NSDAP als Wahlpartei genannt hatte – hat Küssel nach einstimmiger Meinung der Geschworenen gegen Paragraph 3a Verbotsgesetz verstoßen. Einstimmig zeigten sich die Geschworenen in ihrem Wahrspruch überzeugt, daß Küssel sich in fünf Interviews

mit seinen Aussagen – unter anderem vertrat er dabei die „Auschwitz-Lüge“ – im nationalsozialistischen Sinn laut Paragraph 3a Verbotsgesetz betätigt hat.

Einstimmig freigesprochen wurde Küssel von dem Vorwurf, seit 1988 gemeinsam mit Hans Jörg Schimanek jun. Wehrsportübungen in Langenlois organisiert zu haben und bezüglich seiner Aussagen bei einem Kameradschaftstreffen in Gmunden am 20. April 1991.

Als Küssel nach der Urteilsverkündung, die er unbewegt zur Kenntnis nahm, abgeführt wurde, erhoben seine Anhänger im Saal die Faust mit ausgestrecktem Daumen. Küssel legte gegen das Urteil Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung ein.

„Ausdruck von Ausländerfeindlichkeit“

Funktionäre der FPÖ Niederösterreich haben sich 1991 gegen die Einstellung von Krankenschwestern aus der früheren CSFR im Krankenhaus der Stadt St. Pölten gewendet, worauf ihnen von SPÖ-Stadtrat Fritz Schöggel „Ausländerfeindlichkeit in Reinkultur“ vorgeworfen wurde. Außerdem sagte Schöggel zu den FPÖ-Attacken gegen die ausländischen Krankenschwestern: „In dieser Partei (der FPÖ) herrscht noch sehr viel braunes Gedankengut. Wer nicht deutscher Nation ist, ist für die FPÖ offensichtlich nicht gesellschaftsfähig.“ Die „Neue NÖN, St. Pöltner Zeitung“ berichtete am 30. April 1991 unter dem Titel „SP-Stadtrat wirft der FPÖ Ausländerfeindlichkeit vor“, worauf die FPÖ die Klage einbrachte. Das Landesgericht St. Pölten fällt einen Freispruch, worauf die FPÖ Berufung gegen dieses Urteil einlegte. Dieser Berufung wurde vom Oberlandesgericht Wien mit Erkenntnis

vom 2. März 1993 nicht Folge gegeben, wobei es einige Formulierungen in diesem Urteil verdienen, beachtet zu werden.

Mit der Abweisung der Berufung bleibt auch das Erkenntnis des Erstgerichtes bestehen, „die Ausländerpolitik der FPÖ weise im übrigen tatsächlich in einzelnen Punkten durchaus Parallelen zu den programmatischen Zielen der NSDAP auf, ohne freilich von einer ähnlichen verbrecherischen Gesinnung getragen zu werden.“ Auf die Argumente des Angeklagten eingehend, stellt das Oberlandesgericht Wien dann fest: „Es entspricht den Tatsachen, daß Dr. Jörg Haider behauptete, es habe im Dritten Reich eine ordentliche Beschäftigungspolitik gegeben. Schon die vergleichende Bezugnahme auf das nationalsozialistische Regime und damit auf eine Schreckensherrschaft, unter der zu leben Dr. Haider erspart blieb, ist signifikant. Hält man

sich das rhetorische Talent und die juristische Schulung Dr. Haiders vor Augen, kann an dessen Fähigkeit zu präziser Formulierung wohl kein Zweifel bestehen.“

Schließlich beschäftigt sich das Oberlandesgericht Wien auch mit den FPÖ-Attacken gegen die ausländischen Krankenschwestern und kommt zu folgender bemerkenswerter Erkenntnis: „Anders denn als Ausdruck von Ausländerfeindlichkeit war jedoch jene Kritik (des FPÖ-Funktionärs; d. Red.) Ing. Haltmayers, welche die verfahrensgegenständlichen Aussagen des Beklagten und Gegners der gefährdeten Partei auslöste, objektiv nicht zu verstehen. Anders läßt sich nämlich die Ablehnung der Beschäftigung qualifizierten ausländischen Pflegepersonals angesichts des notorischen, österreichweiten, nachgerade schon bedrohlichen Mangels an inländischen Krankenschwestern nicht erklären, ist doch vorübergehend selbst bloß beschränkt einsatzfähiges Personal dem gänzlichen Mangel dringend benötigten Fachpersonals jedenfalls vorzuziehen. Auch führt die Übernahme jener zahlreichen, im Krankenhaus anfallenden Aufgabe, für deren Bewältigung besondere Sprachkenntnisse nicht erforderlich sind, zu einer Entlastung der inländischen Kräfte und damit zum Freiwerden von Kapazitäten zugunsten der persönlichen Patientenbetreuung.“

Eine Berufung gegen dieses Urteil des Oberlandesgerichts Wien etwa beim Obersten Gerichtshof ist nicht mehr zulässig.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Walter Faderny, Prof. Hugo Pepper, Hans Waschek

Fortsetzung von Seite 1

heute verschämt verdrängten Arbeiterhymne ist: ein Satz, der politisches Programm sein müßte, gegen den alles Europa-Gerede wie Kleingeld klingelt.

Internationalismus, eine der Säulen der klassischen Arbeiterbewegung, scheint im Zeitalter mehr oder weniger begründeter Fremdenfurcht und angesichts vielgestaltig aufkeimender Nationalismen eine bedeutende humane Alternative zu sein.

An all das zu erinnern, soll im Geiste des großen Sozialisten Jean Jaurès geschehen, der gesagt hat, es gelte nicht Asche aufzubewahren, sondern eine Flamme brennend zu halten. Daran wird bei der Diskussion des neuen Parteiprogramms zu denken sein: Was wir werden wollen, steht unauf löslich im Zusammenhang mit dem, was wir gewesen sind.

HP



„Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volk eingesetzt“

Am 12. November 1918 wurde die Republik gegründet

Der politische Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie begann eigentlich bereits im August 1918, als England die Tschechen und Slowaken als kriegsführende Nationen anerkannte. Diesem Schritt folgten im September die USA. Am 26. September proklamierte der tschechoslowakische Nationalrat in Paris die Errichtung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates. Ein Eckpfeiler des Staatsgebäudes der Monarchie war damit herausgebrochen.

Der politische Herbst des Jahres 1918 stand im Zeichen des von US-Präsident **Woodrow Wilson** (1856–1924) proklamierten Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Am 8. Jänner 1918 hatte Wilson im amerikanischen Kongreß seine 14 Punkte verkündet, deren zehnter lautete:

Den Völkern von Österreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sichergestellt zu sehen wünschen, sollte die erste Gelegenheit einer autonomen Entwicklung gegeben werden.

Der Austritt der Tschechen und Slowaken aus dem Staatenverband der Monarchie brachte auch in Österreich die Entwicklung ins Rollen. Am 3. Oktober gestand die österreichische Sozialdemokratie den anderen Nationen der österreichisch-ungarischen Monarchie das Recht auf volle Selbstregierung zu und bot den Tschechen und Südslawen Verhandlungen über die „Umwandlung Österreichs in eine Föderation freier nationaler Gemeinwesen“ an. Dazu war es freilich schon zu spät, wie auch das sogenannte „Völkermanifest“ von Kaiser Karl I. vom 16. Oktober 1918, das die Umwandlung der Monarchie in einen Bundesstaat vorsah, „in dem jeder Volksstamm aus seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet“. Am 6. Oktober bereits bildeten österreichische Kroaten, Slowenen und Serben in Agram (Zagreb) einen eigenen Nationalrat. Die Christlich-sozialistische Partei schloß sich am 9. Oktober der sozialdemokratischen Erklärung vom 3. Oktober an.

Provisorische Nationalversammlung

Am 21. Oktober traten im Niederösterreichischen Landhaus in Wien die 1911 gewählten deutschsprachigen Mitglieder des cisleithanischen Abgeordnetenhauses zur konstituierenden Sitzung der „Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich“ zusammen. Von den 232 Mandatären gehörten 102 verschiedenen deutschnationalen Gruppen an, 72 der Christlichsozialen Partei, 42 der Sozialdemokratischen Partei und 16 sonstigen Gruppierungen. Unter dem Vorsitz des Deutschnationalen Dr. Viktor

Waldner (1852–1924) wurde das Präsidium der Provisorischen Nationalversammlung gewählt. Der Deutschnationale Dr. Franz Dinghofer (1873–1956) wurde Erster Präsident, der Christlich-soziale Jodok Fink (1853–1929) Zweiter und der Sozialdemokrat Karl Seitz (1869–1950) Dritter Präsident. Einstimmig wurde von der Versammlung ein Beschluß gefaßt, in dem die Wahl einer Konstituierenden Nationalversammlung angekündigt wurde, die die Verfassung des deutschösterreichischen Staates ausarbeiten sollte. Zum Gebiet dieses deutschösterreichischen Staates wurde festgestellt:

Der deutschösterreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen wird sich der deutschösterreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meer wird er durch Vereinbarungen mit den anderen Nationen sicherzustellen suchen.

Im Namen der Sozialdemokratie sprach **Dr. Victor Adler** (1852–1918), der die Nachbarvölker dazu beglückwünschte, daß sie der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes endlich nahegekommen seien. „Wir erkennen dieses Selbstbestimmungsrecht ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung an“, sagte Adler und fügte hinzu: „Wir fordern es ebenso ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung auch für unser deutsches Volk.“ Deutschösterreich, meinte Adler, sollte sich mit den Nachbarvölkern zu einem freien Völkerbund vereinen, wenn die Völker dies wollen. „Lehnen aber die anderen Völker eine solche Gemeinschaft ab oder wollen sie ihr nur unter Bedingungen zustimmen, die den wirtschaftlichen und den nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entsprechen, dann wird der deutschösterreichische Staat, der, auf sich selbst gestellt, kein wirtschaftlich entwicklungsfähiges Gebilde wäre, gezwungen sein, sich als besonderer Bun-



Denkmal der Republik an der Wiener Ringstraße.

desstaat dem Deutschen Reiche anzugliedern.“ Victor Adler gab damit eine politische Linie vor, die von dem jungen Staat bis zum Abschluß der Friedensverhandlungen von St. Germain verfolgt wurde. Der Zusammenbruch der Monarchie rief die Überzeugung praktisch aller aktiven Politiker dieser Zeit hervor, daß der übriggebliebene Rest Deutschösterreich nicht lebensfähig oder zumindest „kein wirtschaftlich entwicklungsfähiges Gebilde“ sei.

Monarchie bestätigt eigene Auflösung

Kurz nach der Konstituierung der Provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs wurde am 28. Oktober 1918 in Prag die Tschechoslowakische Republik ausgerufen, am 29. Oktober gab der kroatische Sabor (= Volksvertretung) in Agram eine Erklärung über den Zusammenschluß der südslawischen Gebiete der Monarchie zu einem unabhängigen Staat ab, der den Anschluß an Serbien anstrebte. Am 28. Oktober stimmte Außenminister Julius Graf Andrássy der Jüngere (1860–1929) in einer an US-Präsident Wilson übermittelten Note namens der österreichisch-ungarischen Regierung der Auffassung des US-Präsidenten über die Rechte der Völker Österreich-Ungarns und „speziell jene der Tschechoslowaken und Jugoslawen“ zu, womit die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei und Jugoslawiens praktisch anerkannt wurde. Es war die Bestätigung der Auflösung der Monarchie durch ihre eigene Regierung.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Wahl des Staatsrates

In Wien wählte die Provisorische Nationalversammlung am 30. Oktober einen 22köpfigen Staatsrat mit drei Präsidenten, dem Deutschnationalen Dr. Franz Dinghofer, dem Christlichsozialen Prälat Johann Nepomuk Hauser und dem Sozialdemokraten Karl Seitz. Die von dem Sozialdemokraten **Dr. Karl Renner** (1870–1950) ausgearbeitete provisorische Verfassung erklärte Deutschösterreich zu einem Bestandteil der deutschen Republik. Die Sozialdemokratie hatte die Arbeiter aufgefordert, an diesem Tag die Arbeit einzustellen und zum Tagungsort der Provisorischen Nationalversammlung, dem Landtagsgebäude von Niederösterreich in der Wiener Herrngasse, zu ziehen. In riesigen Versammlungen vor diesem Gebäude wurde von den demonstrierenden Arbeitern vor allem die Republik und die Freilassung von Dr. Friedrich Adler (1879–1960), dem Sohn Dr. Victor Adlers, aus dem Gefängnis gefordert. Friedrich Adler hatte am 24. Oktober 1916 aus politischen Gründen den damaligen Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh erschossen. Unter den Demonstranten dieses Tages waren auch viele Soldaten, die sich die kaiserlichen Insignien von den Uniformen gerissen hatten; umgekehrt rissen Demonstranten den verhaßten Offizieren die Distinktionen von den Uniformen. Die Zeichen standen auch in der kaiserlichen Armee auf Republik, was sich in den stürmischen Soldatenversammlungen der folgenden Tage bestätigte. Damit brach aber auch die militärische Disziplin in den Kasernen zusammen.

Staatskanzler Karl Renner

In der Nacht zum 31. Oktober wurde die erste deutschösterreichische Regierung unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Dr. Karl Renner berufen, der zum Leiter der Kanzlei des Staatsrates bestellt wurde. Die Leitung der Staatsämter wurde Staatssekretären übertragen. Der Regierung gehörten die Christlichsozialen Dr. Heinrich Mataja (Inneres), Josef Stöckler (Landwirtschaft), Johann Zerdik (Öffentliche Arbeiten) und Karl Jukel (Verkehr), die Deutschnationalen Josef Mayer (Heerwesen), Rafael Pacher (Unterricht), Dr. Julis Roller (Justiz), Dr. Otto Steinwender (Finanzen), Dr. Karl Urban (Handel und Gewerbe), die Sozialdemokraten Dr. Victor Adler (Äußeres) und Ferdinand Hanusch (Soziale Fürsorge) sowie die Beamten Dr. Ignaz Kaup (Volksgesundheit) und Dr. Hans Loewenfeld-Russ (Ernährung) an.

Am 31. Oktober übergab der erst wenige Tage vorher in dieses Amt berufene letzte Ministerpräsident der Monarchie, Dr. Heinrich Lammasch (1853–1920), die Regierungsgewalt der provisorischen Regierung. Auf Antrag des christlichsozialen Abgeordneten Wilhelm Miklas (1872–1956) erklärte die provisori-

sche Regierung die auf die Babenbergerzeit zurückgehenden Farben Rot-Weiß-Rot zur Fahne des neuen Staates Deutschösterreich.

Die Stimmung in der Bevölkerung aufgreifend, forderte ein eilig einberufener Parteitag der Sozialdemokratie in Wien die republikanische Staatsform. Den Delegierten des Parteitages wurde auch die Freilassung von Dr. Friedrich Adler aus dem Gefängnis angekündigt, was mit großer Begeisterung zur Kenntnis genommen wurde.

„Rote Garde“

Die radikalen Tendenzen wurden vor allem unter den Soldaten immer deutlicher. In Wien trat eine „Rote Garde“ in Erscheinung, der unter anderen der bekannte Journalist **Egon Erwin Kisch** (1885–1948) angehörte. Die von den in Auflösung befindlichen Fronten zurückströmenden führungslosen Soldatenmassen bildeten in dieser Phase die größte Gefahr für den jungen Staat. Die kaiserliche Armee mußte demobilisiert werden, zugleich galt es, eine neue Wehrmacht aufzubauen. Der Staatsrat ordnete daher nach Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Österreich-Ungarn und der Entente am 3. November die Werbung für die Volkswehr an.

Tod Victor Adlers

Die Abdankung Kaiser Wilhelms II. und die Ausrufung der Republik in Deutschland am 9. November 1918 gab dem Verlangen nach Errichtung der Republik auch in Deutschösterreich den entscheidenden Anstoß. Die Sozialdemokratie nutzte die Situation, um unter Hinweis auf die revolutionär gestimmten Arbeiter- und Soldatenmassen die Proklamation der Republik zu verlangen. Ein entsprechender Antrag an die Provisorische Nationalversammlung wurde am 11. November formuliert. Artikel 1 und 2 des Gesetzesentwurfes, in denen Deutschösterreich zur demokratischen Republik und zu einem Bestandteil der deutschen Republik erklärt wird, wurden mit Mehrheit angenommen, die übrigen einstimmig. Gegen den Anschluß-Artikel 2 stimmte nur der Christlichsoziale Wilhelm Miklas.

An diesem 11. November starb der Staatssekretär des Äußeren, Dr. Victor Adler, während Kaiser Karl I. im Schloß Schönbrunn jenes von dem christlichsozialen Politiker Univ.-Prof. Dr. Ignaz Seipel (1876–1932) entworfene Dokument unterzeichnete, in dem er zwar „auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ verzichtete, nicht jedoch auf den Thron.

Ausrufung der Republik

Am 12. November trat die Provisorische Nationalversammlung um 15 Uhr im Parlamentsgebäude an der Wiener Ringstraße zusammen. Während die Abgeordneten im ehemaligen Herrenhaus (dem nunmehrigen Nationalratssit-

zungssaal) tagten, versammelten sich vor dem Parlamentsgebäude Massen von Arbeitern, die an diesem Tag die Arbeit eingestellt hatten, zu einer machtvollen Demonstration.

In der Sitzung erklärte Staatskanzler Dr. Karl Renner: „Wenn wir in Deutschösterreich die Republik erklären, so vollziehen wir damit eine Notwendigkeit nach außen in unseren Beziehungen zu den übrigen Völkern Europas. Die Demokratie ist heute zum Grundgesetz der ganzen Welt geworden, und wir können nicht anders und wir wollen nicht anders.“ Renner schnitt in seiner Rede vor der Provisorischen Nationalversammlung auch die Frage des Anschlusses an Deutschland an und stellte sie in einen Zusammenhang mit der in Österreich herrschenden Notsituation: „Unser Volk ist in Not und Unglück; gerade in dieser Stunde, wo es so leicht wäre, seine Rechnung abgedrückt zu stellen, soll unser deutsches Volk wissen, daß wir eines Stammes und eines Sinnes sind...“ Auf eine damals noch unbestimmte Zukunft verwies Renner mit folgendem Satz seiner Rede: „Wir sind bereit, in jede ehrliche internationale Gemeinschaft einzutreten, am liebsten wäre uns die internationale Gemeinschaft der vereinigten Demokratien Europas.“

Das von der Provisorischen Nationalversammlung einstimmig beschlossene „Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich“ beginnt mit folgenden Paragraphen:

Art 1. Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt:

Art 2. Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen der Deutschen Republik auf Deutschösterreich.

Art 3. Alle Rechte, welche nach der Verfassung der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder dem Kaiser zustanden, gehen einseitig, bis die konstituierende Nationalversammlung die endgültige Verfassung festgesetzt hat, auf den deutschösterreichischen Staatsrat über.

Staatskanzler Renner konnte in der Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung verkünden, daß die Länder Nieder- und Oberösterreich, Salzburg und Steiermark, Kärnten, Tirol und Vorarlberg ebenso wie Deutschböhmen und das Sudetenland ihren Beitritt zu Deutschösterreich erklärt hatten, während sich Südmähren zum Anschluß an Niederösterreich und der Böhmerwaldgau zu einem solchen an Oberösterreich entschieden hatte. Alle Länder, die freiwillig ihren Beitritt erklärten, wurden von der Provisorischen Nationalversammlung für die Republik bean-

(Fortsetzung auf Seite 7)



„Kostbareres als Geld“

Zum 75. Todestag von Dr. Victor Adler

„Am Samstag war in Berlin die Revolution ausgebrochen, am Abend waren die Monarchen überall abgesetzt und die Revolution vollendet. Sonntag kamen wir in seine Wohnung, um die Wirkungen der Umwälzung in Deutschland auf unseren in Bildung begriffenen Freistaat zu besprechen; da überfiel den erschöpften Leib die Ohnmacht, die der starke Geist bis dahin niedergehalten hatte, und am Montag mittags hatte das treue Herz zu schlagen aufgehört. Am Dienstag, als Victor Adler auf der Totenbahre lag, wurde vor dem Parlament die Republik verkündet.“ Mit diesen Worten schilderte Friedrich Austerlitz, Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, die Dramatik der Tage vom 9. bis 12. November 1918. Der Einiger der österreichischen Sozialdemokratie und erste Außenminister nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie, Dr. Victor Adler, war am Tag vor der Ausrufung der Republik im Alter von 66 Jahren gestorben. Ein der Arbeiterbewegung gewidmetes Leben hatte damit sein Ende gefunden, der Geist Victor Adlers ist aber in der österreichischen Sozialdemokratie lebendig geblieben.



Victor Adler wurde am 24. Juni 1852 in Prag als Sohn jüdischer Eltern geboren, die erst ein Jahr zuvor aus Lipnik in Mähren zugezogen waren. Sein Vater, Salomon Markus Adler, hatte nach dem Besuch der Talmudschule den Beruf eines Tuchmachers gelernt und 1851 Johanna Herzl, eine Kaufmannstochter aus Nikolsburg in Mähren, geheiratet. Im Jänner 1855 übersiedelte die Familie Adler nach Wien, wo Salomon Markus durch Realitätenhandel und als Leiter wirtschaftlicher Unternehmungen zu Reichtum kam und mehrere Häuser und Liegenschaften erwarb. Die Familie erweiterte sich um weitere Kinder, Siegmund, der später Professor für Rechtsgeschichte wurde, Marie, Heinrich und der im Alter von zwölf Jahren verstorbene Josef.

In der Tradition von 1848

Victor war ein schwächliches und kleines Kind, das obendrein an einem schweren Sprachfehler litt. Er selbst beschrieb sich in einem Brief als „armer, stotternder, häßlicher Jude“; der Sprachfehler wurde erst 1870 in einer Sprachschule in Burgsteinfurt in Westfalen (Deutschland) behoben. Auf Wunsch seines Vaters besuchte Victor das katholische Schottengymnasium in der Wiener Inneren Stadt, eine Schule, die auch jüdische Schüler aufnahm. Am Gymnasium lernte Victor mit **Engelbert Pernerstorfer** (1850–1918) einen Freund fürs Leben kennen. An der Universität Wien studierte Victor zunächst Chemie, dann wandte er sich, angezogen von den Vorlesungen des Gehirnpsychologen und Psychiaters Prof. Theodor Meynert, der Medizin zu. Später wurde er Assistent Meynerts an der Psychiatrischen Klinik.

Der Student Victor Adler scharte einen Freundeskreis um sich, der sich regelmäßig im Haus seines Vaters traf und bald als „**Adlerhorst**“ bezeichnet wur-

de. Diesem Freundeskreis gehörten neben Engelbert Pernerstorfer und Victors Bruder Siegmund auch Max Gruber, später Professor für Hygiene in München, und Heinrich Braun an. Die jungen Männer lasen und diskutierten die Schriften von Schopenhauer, Mill, Owen, Sant-Simon, Fourier, Proudhon und sogar Marx und Engels. Die Runde fühlte sich in der Tradition der Revolution von 1848 stehend, entsprechend traten Victor und Engelbert der deutsch-nationalen Studentenverbindung „Arminia“ und dem „Leseverein der deutschen Studenten Wiens“ bei.

Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges im Juli 1870 akzentuierte Victor Adlers deutsch-nationale Einstellung. So nimmt es nicht wunder, daß er in den Kreis um **Georg von Schönerer** (1842–1921) geriet, der die Gründung einer deutsch-nationalen Partei vorbereitete. Das im September 1882 beschlossene „Linzer Programm“ der Deutsch-Nationalen wurde im wesentlichen von Victor Adler, Engelbert Pernerstorfer und Heinrich Friedjung verfaßt. Gleichzeitig hatte Adler schon Kontakte zu führenden Persönlichkeiten der unter scharfen behördlichen Verfolgungen zerfallenden Arbeiterbewegung. Als sich die deutsch-nationale Partei eine antisemitische Orientierung gab, stellte Victor Adler die Mitarbeit in dieser Partei ein.

Hochzeit und Familiengründung

Von Heinrich Braun in das Haus dessen Familie eingeladen, lernte Victor Adler Heinrichs jüngste Schwester Emma, geboren am 20. Mai 1858 in Debrecen (Ungarn) kennen. Die beiden hatten gemeinsame Vorlieben für die Musik Beethovens, für Bergwanderungen und Schwimmen, im Mai 1878 machte Victor Emma Braun einen Heiratsantrag, im Juni verlobten sie sich und am 3. September 1878 erfolgte die Trauung. Die Hochzeitsreise führte Victor und Emma

für fast ein Jahr nach Italien und Frankreich. Den Aufenthalt in Paris nützte Victor auch für den Besuch von Vorlesungen des berühmten Psychiaters Martin Charcot.

Am 9. Juli 1879 wurde Victor und Emma Adlers erster Sohn geboren, der in Verehrung für die deutschen Klassiker Friedrich Wolfgang genannt, später aber immer nur „Fritz“ gerufen wurde. Victor hatte als Dr. med. in Döbling eine Arztpraxis eröffnet, übersiedelte aber kurz darauf in das seinem Vater gehörende Haus Berggasse 19 das 1892 an Siegmund Freud verkauft wurde. In der Berggasse kam Adler mit Patienten aus ärmeren Bevölkerungsschichten in Kontakt, die er kostenlos behandelte und denen er auch Medikamente gratis zur Verfügung stellte. Victors Freundeskreis, zu dem nun auch der Minister der Pariser Commune Frankel gehörte, traf sich ebenfalls in der Berggasse. 1880 wurde Victor und Emma die Tochter Maria („Mucki“) geboren, 1885 der zweite Sohn Karl.

„Ein Mann, aus dem noch was werden kann“

Dem Rat von Freunden aus der Arbeiterbewegung folgend, bewarb sich Dr. Victor Adler 1883 um die Stellung eines Gewerbeinspektors. Um sich auf diese Aufgabe vorzubereiten, absolvierte er eine Studienreise nach Deutschland, in die Schweiz und nach England, wo er mit Friedrich Engels zusammentraf, der danach an Karl Kautsky schrieb, Victor Adler sei „ein Mann, aus dem noch was werden kann.“ In Borsdorf bei Leipzig machte Victor Adler die Bekanntschaft mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht.

Die österreichische Arbeiterbewegung, deren Kern sich in dem am 15. Dezember 1867 gegründeten Wiener (Fortsetzung auf Seite 6)



(Fortsetzung von Seite 5)

Arbeiter-Bildungsverein vereinigt hatte, umfaßte 1873 bereits 237 Organisationen mit insgesamt 80.000 Mitgliedern. Ein Richtungsstreit zwischen Gemäßigten und Radikalen lähmte in den Jahren darauf die politische Arbeit, die durch den von der Regierung des Ministerpräsidenten Taaffe 1884 verhängten Ausnahmezustand über Wien und Teile Niederösterreichs zusätzlich erschwert wurde.

Der Tod seines Vaters Salomon Markus am 29. Jänner 1886 ermöglichte es Victor Adler, sich offen zur Sozialdemokratie zu bekennen. Mit dem vom Vater geerbten Vermögen gründete Victor die Zeitung „Gleichheit“, die erstmals am 11. Dezember 1886 herauskam und ab der neunten Nummer regelmäßig der Beschlagnahme verfiel. Als Mitarbeiter an dieser Zeitung, mit der Adler die Parteieinigkeit anstrebte, konnte er Karl Kautsky, August Bebel, Paul Axelrod, Heinrich Braun, Leo Frankel und Hermann Bahr gewinnen.

Der Einigungsparteitag von Hainfeld

Victor Adlers Bemühungen um Beilegung des Richtungsstreits innerhalb der Arbeiterbewegung waren von Erfolg gekrönt. Am 30. Dezember 1888 trafen sich in Hainfeld (Niederösterreich), außerhalb des Bereiches des nach wie vor in Kraft befindlichen Ausnahmezustandes, 73 Delegierte aller sozialistischen Gruppen, um die neue Partei zu gründen. Am 31. Dezember wurde das von Victor Adler entworfene Parteiprogramm mit 69 gegen drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen, feierlich wurde „der Parteizwist für beendet“ erklärt.

Inzwischen hatte sich die finanzielle Situation Victor Adlers dramatisch verschlechtert. Sein anhaltend großbürgerlicher Lebensstil und in zunehmendem Maße die Kosten der Zeitung verschlangen das ererbte Vermögen, die Partei zahlte ihm den bescheidenen Lohn eines gelernten Arbeiters. Victor Adler, seit 1885 an Herzasthma leidend, mußte Schulden aufnehmen und Arbeiten als Korrespondent verschiedener Zeitungen leisten. Überdies zwang ihn seine Krankheit zu häufigen Kuraufenthalten, meistens im deutschen Bad Nauheim. Zu alledem kamen noch behördliche Verfolgungen, die ihm in den Jahren zwischen dem Hainfelder Parteitag und der Jahrhundertwende insgesamt acht Monate und 27 Tage Arrest eintrugen.

Am 1. Mai für den Achtstundtag

Zwei Wochen nach einem Gerichtsprozeß fuhr Victor Adler im Juli 1889 an der Spitze einer Delegation zum Gründungskongreß der Zweiten Internationale nach Paris. Seine Kenntnis der englischen, französischen und italienischen Sprache ermöglichte ihm die Kontaktnahme mit den wichtigsten Führern der europäischen Sozialdemokratie. Der Kongreß faßte den historischen Be-

schluß, am 1. Mai 1890 international zu Demonstrationen für den Achtstundentag aufzurufen.

Victor Adler schlug der österreichischen Partei vor, die Arbeiter für den 1. Mai 1890 zur Arbeitsruhe aufzufordern. „Keine Macht kann uns verbieten, am 1. Mai nicht zu arbeiten“, schrieb er in der „**Arbeiter-Zeitung**“, deren erste Ausgabe am 12. Juli 1889 erschienen war. Tatsächlich wagte es die Regierung nicht, die Arbeitseinstellung am 1. Mai als illegal zu erklären. Sie sorgte aber dafür, daß Victor Adler Mitte Februar 1890 eine viermonatige Gefängnisstrafe antreten mußte und daher an den Vorbereitungsarbeiten sowie an der Maifeier selbst nicht teilnehmen konnte. Der 1. Mai 1890, in Form eines Spaziergangs der Wiener Arbeiter durch das Erholungsgebiet des Wiener Praters begangen, wurde zu einer eindrucksvollen Demonstration der Stärke der österreichischen Sozialdemokratie.

Private und öffentliche Sorgen

Der Achtstundentag und das allgemeine Wahlrecht waren die wichtigsten politischen Forderungen, die nach Hainfeld von der Sozialdemokratie auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Privat kamen weitere Sorgen auf Victor Adler zu: seine Frau Emma mußte sich einer jahrelangen psychiatrischen Behandlung unterziehen, Tochter Maria mußte nach Wahnsinnsanfällen in eine Anstalt eingeliefert werden. Auch die Krankheiten in seiner Familie erschwerten Victor Adlers finanzielle Situation. Immer wieder wandte er sich an August Bebel mit der Bitte um finanzielle Unterstützung für die „Arbeiter-Zeitung“.

Seine privaten Sorgen hielten Victor Adler aber nicht davon ab, sich auch um die Sorgen der arbeitenden Menschen zu kümmern. Vor allem widmete er sich dem Kampf gegen den damals verbreiteten Alkoholismus in der Arbeiterschaft und ging dabei mit gutem Vorbild voran: 1898 wurde er selbst totalabstinent.

Parlamentswahlen und Nationalitätenprobleme

Das Kurienwahlrecht wurde 1896 durch Einführung einer fünften Kurie reformiert, im März 1897 wurden erstmals Sozialdemokraten in das Parlament gewählt. Victor Adler hatte in Wien-Favoriten kandidiert, war aber von Christlich-sozialen geschlagen worden. Er wurde erst 1905 in Reichenberg in Nordböhmen in den Reichsrat gewählt.

Um die Jahrhundertwende wurden auch die Nationalitätenprobleme der österreichisch-ungarischen Monarchie immer deutlicher. Ein Brünner Parteitag der Sozialdemokratie beschloß 1899 ein Nationalitätenprogramm. Die österreichische Sozialdemokratie, die sich als eine „Internationale in Miniatur“ verstand, konnte die Nationalitätenprobleme in ihren eigenen Reihen nicht lösen. 1911 bildete sich eine eigene Tschechische

Arbeiterpartei, was von Victor Adler als ein scherer Schlag empfunden wurde.

Für die Vorbereitung der Parlamentswahlen von 1911 holte die Partei Victor Adlers Sohn Fritz, der 1903 sein Studium der Physik in Zürich abgeschlossen hatte, aus der Schweiz nach Wien zurück. Victor Adler empfand die Rückkehr seines ältesten Sohnes als eine „wahre Wohltat“, obwohl er die Politik nicht als Beruf für Fritz gewünscht hatte. Fritz Adler wurde einer der Parteisekretäre.

Krieg und Attentat

Für den August 1914 war ein Kongreß der Internationale vorzubereiten, der in Wien tagen sollte. Fritz Adler war mit den Vorbereitungsarbeiten betraut. Nach dem Attentat auf den Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajewo erwies es sich als notwendig, einen anderen Tagungsort als Wien für den Kongreß vorzuschlagen. Begleitet von seinem Sohn Fritz nahm Victor Adler am 28. Juli, dem Tag der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, an einer Bürositzung der Internationale in Brüssel teil. Er mußte den Freunden der Internationale mitteilen, daß von der österreichischen Sozialdemokratie keine Aktion gegen den Krieg mehr zu erwarten sei. Fritz Adler gehörte zu den entschiedenen Gegnern des Krieges und des Kriegsabsolutismus. Am 21. Oktober 1916 erschloß er den Ministerpräsidenten **Graf Stürgkh** mit Pistolenschüssen. Für Victor Adler war die Nachricht von dieser Tat ein weiterer schwerer Schlag. In der Gerichtsverhandlung gegen seinen Sohn führte er dessen Tat auf die psychischen Probleme in seiner Familie zurück. Das Ausnahmegericht verurteilte Fritz Adler zum Tode, doch wurde die Todesstrafe nach einer Revision durch den Obersten Gerichtshof in 18 Jahre schweren Kerkers umgewandelt.

„... trotz alles Bitteren“

Am 6. August 1918 starb Adlers Freund sei den Tagen der gemeinsamen Schulzeit Engelbert Pernerstorfer. Am 16. September 1918 schrieb Victor Adler sein Testament, in dem er bittet, nicht mehr von seinen „finanziellen Opfern“ für die Partei zu reden: „Meine Genossen wissen, daß ich Kostbareres als Geld: Kopf, Herz, Blut und Nerv im Dienste unserer Sache wie jeder von ihnen ohne zu sparen verbraucht habe – eine Hingabe, durch die wir alle nicht Gläubiger, sondern immer mehr Schuldner unserer Sache werden. Diese Gesinnung wünsche ich, allen unseren Genossen vererben zu können.“ Victor Adlers letzter Wille schließt mit den Worten: „Ich habe das Leben geliebt, trotz alles Bitteren, aber ich fürchte nicht den Tod.“

Das alte Österreich ist verschwunden

Victor Adlers Haltung zum Krieg war geprägt von tiefer Sorge um die Zukunft, von der er das Chaos erwartete. Er streb-

(Fortsetzung auf Seite 7)



Gedenktafel in Brünn

In der mährischen Hauptstadt Brünn wurde Mitte Juni 1993 eine Gedenktafel zur Erinnerung an die sozialdemokratischen Emigranten der Jahre 1933 bis 1939 enthüllt. Die auch von der Stadt Wien gewidmete Tafel, die im Brünner Kino Scala, an der Stätte des früheren Emigranten-Cafés Biber, angebracht ist, ist zweisprachig. Die Inschrift hat folgenden Wortlaut:

Hier, im später durch Bomben zerstörten DOPZ-Gebäude und im Café Biber, war der kulturelle Treffpunkt der Künstler, Schriftsteller, Publizisten und Politiker aus Deutschland und Österreich, die in den Jahren 1933-1939 in Brünn im Exil lebten.

Otto Bauer/Julius Deutsch/Oskar Maria Graf/Thomas Theodor Heine/Waldemar von Knöringen/Ilse Kulczar/Friedrich Nagel/Rolf Reventlow/Else Rützel-Schaber/Will Schaber/Josef Luitpold Stern/Richard Teclaw/Paula Wallisch/N. N.

Die Tafel widmen die Seligermeinde + Gemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten + Die Stadt Wien + Die Stadt Kassel + Der Deutsche Kulturverband Region Brünn e. V.

Die Enthüllung dieser Gedenktafel fand im Rahmen einer Feier statt, die mit Darbietungen des Mährischen Quartetts – die Europahymne und Werke von Mozart und Janacek – umrahmt war.

Neuer Kassierstellvertreter

Bei der Sitzung des Bundesvorstandes am 24. September 1993 wurde Genosse **Bruno Liszka** zum neuen Kassierstellvertreter des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gewählt.

(Fortsetzung von Seite 6)

te die Umwandlung der Monarchie in einen demokratischen Nationalitäten-Bundesstaat an. Damit stand er in einem Gegensatz zur Linken in der Sozialdemokratie, die sich in einem dem Parteitag vom Oktober 1917 vorgelegten Nationalitätenprogramm für das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen der Monarchie und damit für deren Auflösung aussprach. Victor Adler näherte sich der Haltung der Linken erst gegen Ende des Krieges. Am 3. Oktober 1918 stellte er vor dem Abgeordnetenhaus fest: „Das alte Österreich ist verschwunden!“

Die Provisorische Nationalversammlung bestellte am 30. Oktober einen Staatsrat und wählte Victor Adler zum Staatssekretär des Äußeren. Am 2. November empfing **Kaiser Karl** im Schloß Schönbrunn die Mitglieder des Staatsrates, den er bat, den Waffenstillstand abzuschließen. Diese Bitte des Kaisers wurde abgelehnt. Victor Adler hielt ihr entgegen: „Der Faktor, der den Krieg begonnen, hat ihn auch zu beenden . . .“

Pflegegeld für Emigranten

Voraussetzung für den Bezug von Pflegegeld ist der „gewöhnliche Aufenthalt“ in Österreich. Das heißt, daß für Pensionisten, die im Ausland wohnen, ein Pflegegeld grundsätzlich nicht vorgesehen ist (ein am 1. Juli 1993 gebührender Hilflosenzuschuß wird allerdings in gleicher Höhe weiterbezahlt).

Fürehemals politischverfolgte Menschen gilt eine Ausnahmebestimmung: Wer zwischen 4. März 1933 und 9. Mai 1945 aus politischen oder religiösen Gründen beziehungsweise aus Gründen der Abstammung Österreich verlassen mußte und jetzt im Ausland lebt, kann bei entsprechendem Pflegebedarf jederzeit zu seiner Pension ein Pflegegeld der Stufe 2 (1993: S 3.500,-) beantragen.

Das zwölfjährige Reich

1993 jährt sich Hitlers „Machtergreifung“ in Deutschland zum 60. Mal. Der Zeitabschnitt von zwei Generationen hat der Wissenschaft genügt, um zu einem Geschichtsbild zu gelangen. Die politische Entwicklung hat jedoch dazu geführt, daß versucht worden ist und wird, dieses klare Geschichtsbild zu revidieren. Dabei geht es nicht um Erweiterung oder Ergänzung, sondern um Verharmlosung und Beschönigung der vom Nationalsozialismus bewerkstelligten Katastrophen.

Prof. Hugo Pepper versucht im Rahmen eines Kurses an der Wiener Urania eine Analyse des Nationalsozialismus. Die letzten drei Abende (jeweils 18.30 Uhr): **16. November:** Der Pakt der beiden Teufel. **23. November:** Bedingungslose Kapitulation. **7. Dezember:** Die Drachensaat. AK-Stiftungskurs S 50,-.

Unmittelbar vor dieser Begegnung mit dem Kaiser hatte Victor Adler im Schloß Schönbrunn einen Schwächeanfall erlitten. Am selben Tag hatte er noch die Freude erlebt, seinen aus der Haft entlassenen Sohn Fritz begrüßen zu können.

„Man muß mich entschuldigen“

Am Sonntag, dem 10. November, wurde Victor Adler neuerlich von einem Schwächeanfall mit starken Schmerzen betroffen. Nach einer Morphiuminjektion fiel er in einen Halbschlaf, aus dem er erst am Morgen des 11. November erwachte. Seine Frau Emma und sein Sohn Fritz hatten an seiner Seite die Nacht durchwacht. Nach seinem Erwachen fragte er, ob man ihn bei der Sitzung entschuldigt habe. Dann erkundigte er sich nach der politischen Situation in Deutschland und nach den Waffenstillstandsbedingungen. Seine letzten Worte waren: „Ja, da werde ich nicht mehr hingehen können. Man muß mich entschuldigen.“ Minuten später war Victor Adler verstorben.

Fünf Jahre Grazer „Studienbibliothek“

Seit dem Sommer 1987 gibt es die „Studienbibliothek zur Kulturgeschichte der Arbeit“ an der Abteilung Zeitgeschichte der Universität Graz. Nach einer eineinhalbjährigen Aufbauphase blickt man nun auf eine fünfjährige wissenschaftliche Projektarbeit zurück. Dank der finanziellen Hilfe der Steirischen Gesellschaft für Kulturpolitik konnte hier eine österreichweit einmalige kulturgeschichtliche Sammlung aufgebaut werden, die eine andere Geschichte Österreichs repräsentiert. Die Spezialsammlung umfaßt zur Zeit etwa 3.500 Bücher, ein Archiv und eine große Dokumentation. Unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. **Helmut Konrad** wurden mehrere vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanzierte Projekte durchgeführt. Inzwischen liegen schon drei Bände der „Studienbibliothek“ vor, deren Ausgangspunkt der Alltag der Menschen, ihre Lebensweise und ihre Kultur ist (Informationen unter: Abteilung Zeitgeschichte, Attemsgasse 8/III, 8010 Graz, Tel.: 0 31 6/380-26 22).

(Fortsetzung von Seite 4)

spricht. Deutschösterreich hätte damit über eine Bevölkerungszahl von mehr als zehn Millionen Menschen (nach der Volkszählung von 1910) verfügt.

Um 15.55 Uhr trat Präsident Dr. Franz Dinghofer an die Rampe des Parlamentsgebäudes und gab mit deutlich vernehmbarer Stimme den eben gefaßten Gesetzesbeschluß bekannt. Die Republik Deutschösterreich war damit ausgerufen worden.

Die junge sozialdemokratische Arbeiterin **Rosa Jochmann** (geb. 1901) war am 12. November 1918 dabei:

Am 12. November waren wir vor dem Parlament. Mein Meister – er war Sozialdemokrat – stand neben mir und weinte vor Freude. Das hat mich so gerührt, daß ich mitweinte. Viele Menschen – alte und junge – waren aber auch voll Trauer über den Tod von Victor Adler. Er war am 11. November gestorben – einen Tag vor Ausrufung der Republik, für die er sein Leben lang gekämpft hatte. Unser Meister sagte uns, daß der Ferdinand Hanusch jetzt viel für die Arbeitslosen und überhaupt für alle Arbeiter machen würde.

Als die rotweißroten Fahnen auf den Fahnenmasten vor dem Parlamentsgebäude aufgezogen werden sollten, kam es zu einem Zwischenfall. Revolutionäre Arbeiter rissen die weißen Teile aus dem Fahmentuch, kurz darauf stürzten sich kommunistische Soldaten auf das Parlamentstor und begannen, in die Menschenmenge zu schießen. Zwei Menschen wurden getötet, zahlreiche verletzt, die Demonstration löste sich auf.

(Aus der Publikation „Das Entstehen der Republik“ des Bundespressedienstes.)

DVR:0029601/FK/805/919
HERRN
JOHANNES SCHWANTNER
DARINGERG.14/25/6
1190 WIEN

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Niederösterreich

Gedenkfahrt. Die schon zur Tradition gewordene alljährliche Gedenkfahrt in einen niederösterreichischen Bezirk führte unser Landesverband NÖ diesmal am 21. April nach Krems durch. Für diese Fahrt bestand großes Interesse, so daß ein großer Bus notwendig war, um die Mitglieder und Funktionäre in die schöne Wachauer Doppelstadt Krems-Stein zu bringen. Dort gesellten sich noch Teilnehmer dazu, die mit dem Auto aus den Bezirken St. Pölten, Tulln, Gmünd und Hollabrunn gekommen waren.

Im historischen Sitzungssaal des Steiner Rathauses empfing Vizebürgermeister Bundesrat **Ewald Sacher** die Gäste und wies darauf hin, daß Krems 1995 die Feier der ersten urkundlichen Erwähnung vor eintausend Jahren begehen werde. Bei einem guten Glas Kremser Wein und schmackhaften Imbissen unterhielt man sich rege mit dem Mandatar über das politische und wirtschaftliche Leben in dieser altherwürdigen Donaustadt. Landesvorsitzender **Leo Lesjak** dankte vor der Weiterfahrt dem Gastgeber für die herzliche Begrüßung und Bewirtung.

Der nächste Programmpunkt der Reise war die Finalfertigung der VOEST-Alpine in Krems-Lerchenfeld. Werksdirektor **Dipl.-Ing. Hugo Neubauer** hieß die Besucher willkommen und lud sie anschließend nach der Werksbesichtigung zu einem Mittagessen ein. Mit mehr als 1.300 Beschäftigten ist dieses moderne Werk ein wichtiger wirtschaftlicher Impulsgeber der Wachauer Wirtschaft.

Am Nachmittag fand im Steiner Friedhof eine Gedenkfeier beim Mahnmal für die am 6. April 1945 von der SS, SA und Wehrmacht Angehörigen 386 ermordeten politischen Häftlinge in der Strafanstalt Stein statt. Landesobmannstellvertreter **Alfred Ströer** hob in seiner Rede die Blindwütigkeit des Mordens der vor der Freilassung stehenden Menschen, viele von ihnen waren Griechen, hervor. Im Gedenken an diese unschuldigen Opfer, kurz vor dem Ende der Naziherrschaft, wurde ein großer Kranz mit roten Nelken niedergelegt.

Gegenüber der heutigen Strafvollzugsanstalt in Stein befindet sich ein Gedenkstein für die griechischen Opfer dieses Massakers. Herr **Gerasimos**

Garnelis, ein nun in Österreich lebender griechischer Kaufmann, der von diesen Mördern selbst schwer verletzt wurde, schilderte eindringlich die näheren Umstände dieses schrecklichen Tages, bevor ein Blumengebinde an die Stufe des Gedenksteines gelegt wurde.

Tirol

Gedenkfeier. Anlässlich des 50. Todestages der Hinrichtung des Ehepaares **Josefine und Alois Brunner** aus Wörgl in Stadelheim-München am 9. September 1943 führten wir eine Gedenkfeier durch. Genosse **Ferdinand Kaiser**, der die Initiative zu diesem Gedenken ergriff, fand bei der Landesorganisation der SPÖ und der Bezirksorganisation Wörgl vollste Unterstützung. Am Urnengrab des hingerichteten Ehepaares wurde ein Kranz niedergelegt. Am Gedenkstein, der im Jahre 1984, 50 Jahre nach dem Aufstand gegen die Austrofaschisten 1934, am Bahnhofsplatz in Wörgl errichtet wurde, begrüßte LAbg. **Andreas Obitzhofer** die Frauen und Männer, die an der Feier teilnahmen, und erinnerte daran, daß Wörgl, Häring und Kirchbichl seit 1934–1945 immer wieder Orte des Widerstandes gegen den Faschismus waren. Viele Opfer waren zu beklagen. Die Erinnerung daran sollte uns eine stete Warnung sein.

Landesgeschäftsführer Genosse **Herbert Prock** betonte in seiner Rede die Notwendigkeit größter Aufmerksamkeit gegenüber immer wieder aufkeimendes faschistisches Gedankengut. Nach Darstellung schon bestehender Symptome, wie Fremdenhaß, Schmieraktionen von Neofaschisten, aber auch über die Anfälligkeit mancher Mitbürger für faschistoides Gedankengut schloß er seine Ansprache mit den Worten „Wehret den Anfängen“.

Genossin **Maria Kaiser** gelang es durch das Vorlesen des letzten Briefes von Alois Brunner an seine Schwester Josefine (Josefine Frühwirth geb. Brunner war mit ihren Söhnen anwesend), den er kurz vor seiner Hinrichtung schrieb, und des Berichtes über die Vollstreckung des Urteils, eines Gedichtes von Theodor Kramer, einen würdigen und beeindruckenden Abschluß der Feier zu geben.

Umrahmt wurde die Gedenkstunde durch das Hornquartett der Stadtmusikkapelle Wörgl.

Liesing

Johann Stökl †. Ein alter Widerstandskämpfer, der 1934 in Hietzing in Einsatz stand, hat uns verlassen. Genosse Johann Stökl wurde am 5. Oktober 1907 geboren und wurde 1925 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. 1947 trat er den Freiheitskämpfern bei, wo er bis zuletzt aktiv mitarbeitete. Am 3. Juli 1993 ist er gestorben. Er war ein allzeit Getreuer. Wir werden Genossen Stökl niemals vergessen.

Wir gratulieren im September und Oktober

Zum 75. Geburtstag: Karl **Sarsoun**, Wien; Wilhelm **Gaida**, Wien; Karl **Konrad**, Wien; Heinrich **Müller**, Wien.

Zum 80. Geburtstag: Emma **Kuba**, Wien; Hans **Schögggl**, Stmk.; Josef **Rauch**, NÖ; Friedrich **Kellerics**, NÖ; Karl **Reinthal**, Sbg.; Ida **Nager**, Stmk.; Adolf **Pocta**, Wien; Franz **Dosza**, NÖ; Heinrich **Schiefer**, NÖ; Theresia **Haselhofer**, Stmk.; Johann **Estermann**, NÖ; Anna **Kohn**, Wien; Amalia **Weichselbaum**, Stmk.; Josef **Horvath**, Wien; Karl **Csmarits**, Bgl.

Zum 85. Geburtstag: Rosa **Gruber**, NÖ; Ernst **Gartlbauer**, Wien; Maria-Theresia **Tenze**, Stmk.; Ernst **Pollak**, Wien; Theresia **Kicking**, Wien; Sandor **Spielmann**, Wien; Karl **Harrer**, Wien; Maria **Meerkatz**, NÖ; Josefine **Thies**, Tir.; Sophie **Lederer**, NÖ; Hedi **Stern**, Stmk.; Friederike **Porth**, Wien; Anna **Waldeck**, Tir.

Zum 90. Geburtstag: Richard **Grohs**, Wien; Wilhelm **Drechsler**, Wien; Maria **Kump**, Wien; Franz **Pfannhauser**, NÖ; Emmerich **Urban**, Wien.

Zum 91. Geburtstag: Adolf **Proschek**, Wien; Emmerich **Amsüss**, NÖ; Leopoldine **Pfeiffer**, NÖ.

Zum 92. Geburtstag: Friedrich **Schönauer**, NÖ; Josef **Echl**, Wien; Theresia **Jägersberger**, Ktn.; Leopold **Krammer**, Stmk.; Karl **Koch**, Wien.

Zum 93. Geburtstag: Franziska **Kloiber**, OÖ.

Korrektur:

Im „Kämpfer“ Nummer 5/6 wurden in dem Bericht über die Opfer aus Korneuburg im Februar 1943 einige Namen falsch angegeben. Hier die richtigen Namen: Josef Schwarzböck, Hans Gruber, Hans Mühl, Rudolf Alexander, Anton Jordan. Wir bitten um Entschuldigung.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 11/12 ist der 30. November 1993.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.